

Erklärung auf der Konferenz 10.04.14

Gemeinsam: Für eine bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialpolitik

**Eine Politik, die sich an den Interessen der Menschen orientiert, ist notwendig!
Das müssen wir gemeinsam in die Hand nehmen!**

Hamburg ist eine reiche Stadt in einem reichen Kontinent. Auch in den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität und Kreativität der Gesellschaft enorm gewachsen. Doch anstatt diese Möglichkeit für das Allgemeinwohl zu nutzen, ist von allen Bundesregierungen sowie vom jeweiligen Hamburger Senat eine Politik der Umverteilung von Unten nach Oben verfolgt worden. Damit wurden die Interessen der gewinngrößten Unternehmen und Banken bedient. Ein umfassende soziale sowie ökonomische Krise war und ist die Folge.

Weil diese mit strenger Fiskalpolitik (Rotstift!) in EU, Bund und Ländern verschärft und verschleppt wird, steigt der private Reichtum weiter. Gleichzeitig wächst die öffentliche und die Armut ausgegrenzter, nicht „profitabler“ Bevölkerungsgruppen weiter (Betroffene von Burn-Out, Langzeiterwerbslose, Süchtige, Wohnungslose, behinderte Menschen, Alleinerziehende, Flüchtlinge, alte Menschen, Kinder etc.). Dazu beigetragen hat unter anderem die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 42% genauso wie die Halbierung der Unternehmenssteuersätze zwischen 1997 und 2009. Letztere würden in alter Höhe heutzutage allein 80 Mrd Euro pro Jahr mehr in die öffentlichen Kassen spülen. Beides wird durch die große Koalition in Berlin und den Senat in Hamburg gegen die Kritik durch eine wachsende soziale Bewegung verteidigt. Es wird von Steuererhöhungen für Spitzenverdiener zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Kassen abgesehen, die drastischen Kürzungen der Förderung von Arbeitslosen soll nicht zurückgenommen werden, ManagerInnengehälter werden nicht begrenzt, bei angezogener „Schuldenbremse“ ist dies eine Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre.

Die Situation in Hamburg: Während der Senat einerseits die jährlich 500 Mio. Euro mehr an Steuereinnahmen und sogenannte Haushaltsreste z.B. in die Elbphilharmonie, die HSH Nordbank oder in den Ausgleich der Defizite der Internationalen Gartenschau schiebt wird andererseits die Entwicklung eines sozialen Gemeinwesens ausgebremst. Gleichzeitig werden den öffentlichen Einrichtungen seit Jahren bei steigenden Aufgaben die Budgets gekürzt, was zu einer dramatischen Standardabsenkung führt. Die Politik der Schuldenbremse soll diese Entwicklung nun bis 2020 noch einmal drastisch beschleunigen.

Ist der „Rotstift“ alternativlos? Nein! Schuldenbremse knacken - Krisenlösung von unten!

Geld ist genug da. Wir müssen es aber anders verteilen. Eine der Aufgaben, die die aktuelle Krisensituation an uns stellt, ist es herrschende Politik der Verhinderung zu durchbrechen. Einzelne Tarifikämpfe (z.B. im Öffentlichen Dienst, in der Kinderbetreuung, bei Volkshochschulen oder staatlichen Musikschulen) haben einen höheren Abschluss erzielen können, als mit der Schuldenbremse möglich wäre. Einzelne Rekommunalisierungsprojekte wurden erfolgreich erkämpft. Breiter gesellschaftlicher Protest zwang den Senat die Kita- und Studiengebühren zurückzunehmen.

Aus den Vorverhandlungen im Senat zur Haushaltsplanung 2014/15 wird daher verlautbart, dass die Hamburger SPD erwägen muss, die selbst auferlegten Kürzungsvorhaben nicht einzuhalten. Diese gegen die Schuldenideologie erkämpften Erfolge machen uns Mut für die zukünftigen Auseinandersetzungen.

Wir sind heute auf der Konferenz zusammengekommen, um auf diese prekäre Situation erneut hinzuweisen, aber auch um Alternativen zu diskutieren und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Wir sind uns einig, dass Widerstand notwendig ist, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Hamburg durchzusetzen und werden daran weiterarbeiten.

In der Plenumsdiskussion wie auch in den workshops haben wir uns mit folgenden Themen auseinandergesetzt und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Workshop Wohnungspolitik in Hamburg

Das Bündnis gegen Rotstift fordert, dass Hamburg wieder eine umfassende soziale Wohnungspolitik betreibt, um die eklatante Wohnungsnot gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen und eingeschränkten Zugangschancen zum Wohnungsmarkt (z. B. Migrant/innen und Wohnungslose) abzubauen. Das heißt:

1. Hamburg muss über den städtischen Wohnungsbaukonzern SAGA/GWG mindestens 4000 Wohnungen mit Sozialbindungen (statt wie vorgesehen 2000) jährlich bauen, um den Verlust an Sozialwohnungen zu kompensieren.
2. Die Hälfte der jährlich frei werdenden Wohnungen bei SAGA/GWG – also ca. 4500 Wohnungen - müssen gezielt an vordringliche Wohnungssuchende (z. B. Wohnungslose) vergeben werden.
3. Stadteigene Grundstücke dürfen nur noch nach Konzept, welches den Bau von Wohnungen für sozial Benachteiligte und keine Eigentumswohnungen vorsieht, und nicht dem Höchstgebot vergeben werden.
4. Die Wohnungsunternehmen, die den Kooperationsvertrag zur Belegung mit vordringlich Wohnungssuchenden unterschrieben haben, müssen von der Stadt nachdrücklich dazu angehalten werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.
5. Der Senat muss stärker für eine soziale Mietpreisentwicklung sorgen.

Workshop Ökonomisierung

Marktmechanismen versagen im Bereich der Daseinsvorsorge und können nicht Maßstab staatlichen Handelns sein!

Wir fordern: Der Staat muss die rechtlichen, finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für bedarfsgerechte und die Selbstbestimmung achtende Unterstützungsleistungen für die Bevölkerung schaffen.

Wir fordern, das sozialrechtliche Gebot der Subsidiarität zu achten.

Wir fordern eine Abkehr von der fiskalischen Orientierung der neuen Sozialpolitik unter dem Konsolidierungsdruck der Schuldenbremse und eine **langfristig angelegte, bedarfsgerechte Finanzierung der Arbeit im Sozial-, Bildungs- und Erziehungsbereich, dem Kernbereich investiver Sozialpolitik**

Workshop Tarifpolitik und Schuldenbremse

Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit und eine Tarifpolitik, die den Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und garantiert. Für die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen muss dabei das Ziel eines gesicherten unbefristeten Arbeitsplatz erkämpft werden.

Wir fordern somit auch über die Tarifpolitik eine Umverteilung von oben nach unten und er-

warten von den Unternehmen eine Rückgabe der Gewinne wie auch eine höhere Steuerbelastung.

Das wichtigste Ziel in der sozialen Arbeit ist, dass die positiv erkämpfte Tarifpolitik refinanziert werden muss.

So kann auch die Schuldenbremsenpolitik überwunden werden.

Workshop Auswirkungen der Sparpolitik in den Bezirken

Wir fordern die Anerkennung der Arbeit sowohl in freier Trägerschaft als auch in kommunaler Verantwortung, die in den Bezirken für den Zusammenhalt der Gesellschaft in der Stadt geleistet wird.

Wir fordern die Anerkennung der fachlichen Bedarfe und qualitativen Standards für diese Arbeit.

Wir fordern den Abbau von Bürokratie für diese Arbeit.

Wir fordern die auskömmliche Finanzierung dieser Arbeit incl. der vollen Deckung zusätzlicher Personalkosten nach Tarifsteigerungen.

Wir fordern faire Rahmenbedingungen für Freie Träger und eine Orientierung auf Klientenbedürfnisse.

Wir fordern den ruinösen Kostenwettbewerb in der Kinder-,Jugend- und Familienarbeit zu beenden und eine regional bedarfsgerechte Ausstattung.

Workshop Bildungspolitik des Senates

Wir befürworten Inklusion und Ganztagschule, aber die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Inklusion geht nicht im Sparmodus, das muss die Politik endlich einsehen und die Schuldenbremse nicht als Inklusionsbremse missverstehen. Wir fordern 550 Stellen für eine gelungene Inklusion in Hamburg. Auch die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und ganztägiger Betreuung geht einseitig zu Lasten der Beschäftigten und wird den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Schulischer Ganzttag ersetzt nicht die notwendigen vielfältigen non-formalen und informellen Angebote in den Stadtteilen.

Workshop „Einsparungen in der Suchthilfe“

Um die präventiv wirksame, ambulante Suchthilfe nicht weiter zu schwächen, müssen die Zuwendungen erhöht werden. Der Bedarf muss gemeinsam mit den Suchthilfeträgern und Mitarbeitern erarbeitet werden.

Die Finanzierung der Selbsthilfeverbände und Organisationen muss wieder aufgenommen werden.

Die Ergebnisse sind gemischt: Mal konkreter, mal allgemeiner. Eines eint sie jedoch, dass die derzeitige neoliberale Politik so nicht weitergehen kann und alle für eine gerechtere Welt kämpfen werden.

***"Bildet euch,
denn wir brauchen all eure Klugheit.
Bewegt euch,
denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch,
denn wir brauchen eure ganze Kraft."***

(Antonio Gramsci)